

## Zielland Schweiz, Zuwanderung und Personenfreizügigkeit (Pfeffinger Forum 2011 mit Bundesrätin Sommaruga)

Es war wohltuend, am Pfeffinger Forum dank der Rede von Bundesrätin Sommaruga die Zuwanderungsdebatte aufgrund von Fakten und nicht von geschürten Emotionen zu führen. Denn auch in Wahlzeiten sind die Player der Politik aufgefordert, sich an Fakten zu orientieren und nicht Ängste zu schüren. Hier ein paar Gedanken:

### *Personenfreizügigkeit*

Als einziger Ständerat meines Kantons stelle ich mir zunächst die Frage, wie sich die Baselbieter Bevölkerung bei den Abstimmungen zur Zuwanderung geäußert hat. Bei der letzten, nicht einfachen Abstimmung über die Personenfreizügigkeit (Erweiterung auf Bulgarien und Rumänien) haben fast 64% Ja gesagt (schweizweit waren es 59.6%). Und das, als die Finanzkrise längst ausgebrochen und sich bei uns die Bankenkrise bemerkbar gemacht hatte, also zu Krisenzeiten. An dieser Meinungsäußerung orientiere ich mich. Und dann bin ich im Gespräch mit der Wirtschaft und den Sozialpartnern. Wir sind uns sicher einig über die Bedeutung der Pharmazeutischen Branche für unsere Region und ihre Wirtschaft. Der CEO von Roche hat mir kürzlich gesagt, jede Spitzenkraft, die (meist mangels einheimischer Alternativen) aus dem Ausland komme, generiere hier 4 Arbeitsplätze.

Viel zu reden geben die Ärztinnen und Ärzte aus Deutschland. Dabei wird vergessen, dass das Faktum, dass viele Mediziner aus Deutschland zu uns kommen, absolut hausgemacht ist. Wir haben seit Jahren unserer Jugend den Zugang zum Medizinstudium versperrt (was schon ein grosser Fehler ist), haben so Ausbildungskosten gespart und sehen uns jetzt mit einem Ärztemangel konfrontiert. Hier Stimmung gegen Deutsche zu machen, die uns aus der Patsche helfen und an deren Ausbildung wir keinen Rappen bezahlt haben, ist schlechter Stil und reine Stimmungsmache.

*Zurück zur Planwirtschaft*, das ist die Erkenntnis der NZZ zur neuen SVP-Initiative. Dem ist eigentlich nichts beizufügen. Es ist zudem eine Tatsache, dass die Auswanderungsgelüste von Angehörigen der neuen EU-Länder abnehmend sind. Ich erwähne das EU-Land Polen, das ich aus nahe liegenden Gründen sehr gut kenne. Während noch vor ein paar Jahren für Polen besonders Grossbritannien Zielort war, sind viele angesichts des wirtschaftlichen Aufschwungs wieder zurückgekehrt. Es gibt diesen Zusammenhang, auch Bundesrätin Sommaruga hat ihn erwähnt: je besser es einem Land geht, umso weniger Auswanderung. Und in wirtschaftlich schlechten Zeiten nimmt auch die Einwanderung ab.

Bei den Polen muss ich allerdings noch beifügen, dass sie glücklicherweise wenigstens noch unserer Landwirtschaft erhalten bleiben. Wer im Sommer durch das schöne Baselbiet fährt, wird vor dem einen und anderen Hof ein Auto mit einem polnischen Nummernschild finden. Die SVP zählt ja die Landwirtschaft zu ihrer Anhängerschaft. Diese sollte sich fragen, ob sie dort wirklich gut aufgehoben ist.

Es wird gerne vergessen, dass das Parlament zugunsten der Schweizer Arbeitnehmenden wirksame *flankierende Massnahmen* beschlossen hat. Denjenigen, die sich jetzt gegen die Personenfreizügigkeit wehren, war der Schutz der Schweizer Arbeitskräfte allerdings nie ein Anliegen. Sie lehnen diese Massnahmen gegen Lohndum-

ping und wirksame Kontrollen weiterhin ab. Und sie haben auch das Gesetz gegen die Schwarzarbeit abgelehnt. Die hiesige Wirtschaftskammer unter Kollege Hans-Rudolf Gysin arbeitet mit den Sozialpartnern gut zusammen. Die von ihr propagierte Kautionspflicht ist ein sinnvoller Weg zum Schutz der Schweizer Arbeitnehmenden. Ich unterstütze auch ihren Kampf gegen die Scheinselbständigkeit. Ihre Schlussfolgerungen bezüglich der eidgenössischen Wahlen könnten allerdings widersprüchlicher nicht sein. Sie unterstützt denjenigen Kandidaten, der die Interessen der regionalen Wirtschaft laufend torpediert.

### *Schengen/Dublin*

Zu Schengen möchte ich den Ausführungen Frau Bundesrätin Sommaruga den Aspekt der Sicherheit hinzufügen. Nur zur Erinnerung: das Baselbiet hat klar Ja gesagt zu diesen Abkommen. Die GPK, die ich präsidiere, liess sich in diesem Frühling von allen Playern über die Umsetzung der Schengen/Dublin-Abkommen informieren: Grenzwachtkorps, Bundesamt für Polizei, Bundesamt für Migration, Integrationsbüro, kantonale Polizeikommandanten, alle bestätigten übereinstimmend, dass Schengen einen Zugewinn an Sicherheit gebracht hat. Das Gleiche höre ich als Präsident der Delegation der Geschäftsprüfungskommissionen vom Nachrichtendienst.

### *Ausländerrecht*

Die der Öffentlichkeit von den Gegnern der Personenfreizügigkeit vermittelte Wahrnehmung bezüglich Schengen/Dublin und damit für das Regime an unseren Grenzen mag ja nachvollziehbar sein für Miteidgenossen, die das Muotathal noch nie verlassen haben und nicht wissen, wie die Realität an unseren Grenzen seit dem 2. Weltkrieg schon immer war. Wer aber aus dieser Region stammt und wider besseres Wissen Realitäten vorgaukelt, die nicht zutreffen, handelt fahrlässig. Auch Wahlzeiten rechtfertigen keine mildernden Umstände. Vor 7 Jahren haben wir das Ausländerrecht geändert. Das war noch vor Schengen/Dublin. Damals haben SVP und CVP ernsthaft verlangt, alle Ein- und Ausreisende *müssten* von der Grenzschutz kontrolliert werden. Sie setzten sich in der Kommission durch. Ich vertrat die Minderheit, die mit dem Bundesrat *müssen* durch *können* ersetzt haben wollte. Ich habe geschildert, wie es am Morgen an unseren Grenzen zu- und hergeht mit allen Grenzgängern und dem restlichen Verkehr. Erst als ich den damaligen Vizepräsidenten des Nationalrats, den leider verstorbenen Jean-Philippe Maître aus Genf, davon überzeugt hatte, dass das für Genf wie für uns hier eine Katastrophe wäre, gelang es mit seiner Hilfe, wenigstens noch genügend CVP-ler für die Minderheit zu gewinnen, die Mehrheit zu kehren zu gewinnen. Wer über die Grenzen redet, muss von Fakten und nicht von Ideologien ausgehen.

### *Probleme*

Ich bin Bundesrätin Sommaruga dankbar, dass sie auch auf die Kehrseiten der Zuwanderung hingewiesen hat. Ich sehe sie vor allem bei der Scheinselbständigkeit und beim Lohndumping. Die flankierenden Massnahmen müssen deshalb konsequent umgesetzt werden, so wie die Mehrheit des Parlaments sie beschlossen und die Bevölkerung sie mit den Freizügigkeitsabkommen akzeptiert hat. Der Bundesrat denkt auch über Ergänzungen nach. Ich zitiere abschliessend Bundesrätin Sommaruga:

*„Es ergibt sich kein klares, zumindest kein einheitliches Bild über die Folgen der Zuwanderung. Einerseits profitieren wir von der Zuwanderung. In gewissen Bereichen haben wir reale negative Folgen, die wir anpacken müssen. In anderen Bereichen sind die problematischen Folgen inexistent oder viel kleiner, als oft dargestellt, oder aber sie verstärken hausgemachte Probleme, die wir auch ohne Zuwanderung hätten.“*

*Das heißt: Wer die Folgen der Zuwanderung schwarz oder weiß darstellt, liegt ganz einfach falsch. Und ich meine damit ausdrücklich nicht nur die Schwarzmalerei. Wer beschönigt, liegt genauso neben der Wahrheit.*

*Die Personenfreizügigkeit bringt uns viele, vor allem ökonomische Vorteile. Aber sie ist nicht per se gut. Sie bringt auch Nachteile mit sich, und um diese müssen wir uns kümmern. Sonst sind wir nicht glaubwürdig.“*